

# AUSLANDSPRESSESCHAU

Nr. 105 vom 14. Dezember 2010

**Thema: Wikileaks / Interview AM Spindelegger**

"Hillary war sehr offen"  
*Der Spiegel, Hamburg, 13.12.*..... 2

**Thema: FPÖ**

Reise nach Jerusalem  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.*..... 2

**Thema: Verhaftung des kroatischen Ex-Ministerpräsidenten**

Österreich prüft Sanaders Auslieferung  
*Financial Times Deutschland, 13.12.* ..... 3

**Thema: Bundesheer**

Drastische Sparmassnahmen beim österreichischen Heer  
*Neue Zürcher Zeitung, 14. 12.*..... 4

**Thema: Wirtschafts- und Aktienaussichten**

Österreich-Liebhaber brauchen Geduld  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.*..... 4

\* \* \*

IMPRESSUM

---

Thema: Wikileaks / Interview AM Spindelegger

---

### **"Hillary war sehr offen"**

*Der Spiegel, Hamburg, 13.12.*

*In einem Beitrag mit dem Untertitel „Außenminister Michael Spindelegger, 50, über den diplomatischen Flurschaden, den die Veröffentlichung der US-Botschaftsdepeschen angerichtet hat“ heißt es:*

„SPIEGEL: In den Berichten der Wiener US-Botschaft werden Sie und Ihre Regierung als provinziell und störrisch beschrieben. Welcher Vorwurf ärgert Sie mehr?

Spindelegger: Solche Berichte geben keinen Anlass zum Ärger. Für mich zählt, was mit Ministern besprochen wird. Außerdem: Wenn wir Österreicher als störrisch betrachtet werden, dürfen wir das durchaus als Kompliment verstehen.

SPIEGEL: Also keine Konsequenzen für die diplomatischen Beziehungen?

Spindelegger: Auf Minister-Ebene nicht. Hillary Clinton war immer sehr offen. Wir reden uns mit Vornamen an. Aber natürlich wird jeder weltweit bei Gesprächen mit Mitarbeitern einer US-Botschaft künftig diese Bilder im Kopf haben.

SPIEGEL: Ihnen selbst wird von den Diplomaten vorgeworfen, Sie betrieben Außenpolitik als Wirtschaftspolitik.

Spindelegger: Eine Nation wie die USA, die Wirtschaftspolitik in der Diplomatie sehr prominent behandeln, kann da geradezu Vorbild sein.“

*Spindelegger habe angenommen, dass Clinton bei ihrem Treffen im November nichts gewusst habe. Die Enthüllungen seien für die US-Außenpolitik eine Belastung, der Inhalt der Berichte sei aber teilweise auch amüsant.*

„SPIEGEL: Zum Beispiel die Aussage des Salzburger Bürgermeisters 2008 über seine Parteiliebe Alfred Gusenbauer, damals Kanzler, und Werner Faymann, heute im Amt, sie verwandelten "Österreich in eine Bananenrepublik"?

Spindelegger: Diese Diktion muss man natürlich zurückweisen.“

\* \*

---

Thema: FPÖ

---

### **Reise nach Jerusalem**

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.*

*Lorenz Jäger berichtet über das neue Verhältnis rechtsgerichteter Gruppierungen zu Israel vor dem Hintergrund der Ablehnung des islamischen Fundamentalismus:*

"Eine illustre Gesellschaft: Der Vorsitzende der rechtspopulistischen FPÖ, Heinz-Christian Strache, der Belgier Filip Dewinter vom ähnlich ausgerichteten 'Vlaams Belang' und Patrik Brinkmann von der Bewegung Pro-NRW waren in der vergangenen Woche zu Besuch in Israel. Mit von der Partie waren auch René Stadtkewitz, bis vor kurzem für die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, als Kämpfer gegen Moscheebauten regional bekannt und Mitbegründer der Rechtsgruppierung 'Die Freiheit', und Kent Ekeroth von den gleichfalls patriotisch-antiislamischen 'Schwedendemokraten'. Auf dem Programm stand der Besuch einer Siedlung im Westjordanland. Geführt wurde die Delegation dort von Gershon Mesika, dem Chef des Regionalrats. Strache versicherte den Siedlern: 'Unser Herz ist mit Euch!', wie die Zeitung 'Haaretz' meldete.

Dann ging es zu einer Tagung in der israelischen Stadt Ashkelon, wo über 'Strategien gegen den islamischen Terror' beraten wurde. (...)

Schon seit einiger Zeit konnte man beobachten, dass jene europäische Rechte, die ihren Hauptgegner im Islam sehen will, nach Kontakten in Israel sucht. Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört? Oder ist es ein durchsichtiger Kunstgriff, um künftigen Protest aus Israel gegen eine mögliche Regierungsbeteiligung rechtspopulistischer Parteien vorzeitig auszuhebeln? Das wäre eine kurzsichtige Interpretation. Die Reise nach Israel ist ein strategischer, kein taktischer Schachzug der Euro-Rechten; sie ist die Fortsetzung des Kampfes gegen die Moscheen mit anderen Mitteln. Nach der schlichten Maxime: Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Offenbar denken manche in Israel ähnlich. (...)

Das Resultat der rechten Pilgerfahrt nach Israel ist eine 'Jerusalem Erklärung', die am 7. Dezember veröffentlicht wurde. Sie klingt nun so, dass sie problemlos als Leitantrag auf einem CDU-Parteitag durchgehen könnte. (...) Und nun kommt der Punkt, der für die Gesprächspartner auf der israelischen Rechten entscheidend sein dürfte: 'Ohne jede Einschränkung bekennen wir uns zum Existenzrecht des Staates Israel innerhalb sicherer und völkerrechtlich anerkannter Grenzen. Ebenso ist das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegenüber allen Aggressionen, insbesondere gegenüber islamischem Terror, zu akzeptieren.'

Die Bundesrepublik hat nun, erstmals in ihrer Geschichte seit den frühen sechziger Jahren, nicht nur eine proisraelische, keiner Palästinensersympathie mehr verdächtige Linke, deren Organe von 'Konkret' bis zur 'Jungle World' reichen. Sie hat auch eine ebenso gestimmte Rechte. Ein Datum, das man sich notieren sollte."

\* \*

---

Thema: Verhaftung des kroatischen Ex-Ministerpräsidenten

---

## Österreich prüft Sanaders Auslieferung

*Financial Times Deutschland. 13.12.*

*In einem Beitrag mit dem Untertitel „Kroatischer Ex-Ministerpräsident auf Autobahn festgenommen / Korruptionsvorwürfe Testfall für EU-Kandidatenland“ berichtet **Norbert Mappes-Niediek**, dass sich Ivo Sanader nach seiner Verhaftung in Österreich wegen Vorwürfen des Amtsmissbrauchs kooperativ gebe und rasch die Vorwürfe aus der Welt schaffen wolle. Man rechne in zwei Wochen mit einer Auslieferungsentscheidung. Angeblich habe Sanader nach New York fliegen wollen, die USA habe ihm aber angeblich das Visum entzogen.*

„Die Aufarbeitung der Vorwürfe wegen Amtsmissbrauchs und gewerbsmäßigen Betrugs mit einem Schaden von rund 6 Mio. Euro für den Staat bedeutet für Kroatien eine Generalabrechnung mit vielen Korruptionsaffären der letzten Jahre. Die Folgen dürften über die Grenzen des Adria-Anrainers hinaus spürbar werden: Im Zusammenhang mit Sanaders Machenschaften wurde vergangenen Mittwoch auch der deutsche Honorarkonsul in Rijeka verhaftet. Der Unternehmer Robert Jezic ist auch Lobbyist der österreichischen Skandalbank Hypo Alpe Adria und gilt als Schlüsselfigur der Korruptionsvorwürfe gegen den 57-jährigen Sanader.“

*Seit dem Parteiausschluss des Politikers, der im Sommer 2009 plötzlich zurückgetreten war, seien immer mehr Details über fragwürdige Kreditvermittlungen und schwarze Kassen bekannt geworden.*

Nach dem Tod des Staatsgründers Franjo Tudjman hatte Sanader dessen Partei rasch und effizient von vielen Kriegsverbrechern und Rechtsradikalen gesäubert. Der Christdemokrat aus Split wurde zum Star im Kreis gleichgesinnter Regierungschefs. So pflegte etwa der Österreicher Wolfgang Schüssel einen vertrauten Umgang mit ihm. Kanzlerin Angela Merkel sprang ihm in einem Wahlspot bei. Jetzt kommt allerdings heraus, dass Sanader vor allem mit dem Scheckbuch erfolgreich Ordnung schaffte.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Sanader wegen Amtsmissbrauchs und Unterhalt einer ‚kriminellen Vereinigung‘ in fünf Fällen. An erster Stelle steht der Vorwurf, er habe über die Firma Fimi Media Geld aus Staatsunternehmen gezogen, um es illegal zu verteilen. Kaum eine große Staatsfirma steht nicht im Verdacht, unter der Regie des Premiers Geld an Günstlinge verteilt zu haben. (...)

*Das Blatt erwähnt weitere Vorwürfe gegen Sanader um sodann auf die Hypo-Alpe-Adria Bank zu sprechen zu kommen:*

„Am wenigsten ergiebig sind noch die Vorwürfe gegen Sanader wegen seiner Zuträgerfunktion für die Kärntner Hypo Alpe-Adria-Bank, die in den 90er-Jahren den kroatischen Markt eroberte. 1995 soll der damalige Vizeaußenminister dem Oligarchen Miroslav Kutle einen Hypo-Kredit über 4 Mio. D-Mark vermittelt haben – gegen eine persönliche Provision von 800 000 D-Mark.“

\* \*

Thema: Bundesheer

### **Drastische Sparmassnahmen beim österreichischen Heer**

*Neue Zürcher Zeitung, 14. 12.*

*Der cer. zeichnende Verfasser berichtet über kritische Reaktionen auf die Sparpläne des Verteidigungsministeriums:*

"Der österreichische Verteidigungsminister Norbert Darabos hat drastische Sparmassnahmen für das Bundesheer angekündigt. Die Zahl der Panzer soll um rund 500 reduziert werden; das bedeutet, dass jeder zweite Panzer des Heeres verschrottet oder verkauft wird. Panzer- und Luftabwehrsysteme werden reduziert. Analysen zeigten deutlich, erklärte der Verteidigungsminister, dass in Österreich in absehbarer Zeit kein Panzerkrieg zu erwarten sei.

Geplant ist zudem ein Personalabbau, der rund 1000 Heeres-Mitarbeiter erfasst. 38 Prozent aller Liegenschaften des Heeres werden verkauft. In Wien ist die Schliessung von Kasernen geplant; das Heer soll künftig auf einen noch zu bestimmenden Standort konzentriert werden. Die Budgetvorgabe verlangt vom Verteidigungsministerium Sparmassnahmen in der Höhe von rund einer halben Milliarden Euro bis 2014.

Die Opposition hat umgehend scharfe Kritik am radikalen Sparkurs des sozialdemokratischen Verteidigungsministers geäußert. Der grüne Sicherheitssprecher Peter Pilz unterstellt Darabos, ein 'Papierheer' zu konzipieren; das österreichische Bundesheer werde künftig über keine Kapazitäten für die Beteiligung an EU-Truppen verfügen. Die beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ werfen dem Verteidigungsminister vor, das Bundesheer zu zerstören und planlos das 'Familiensilber' der Nation zu verschern.

Zusätzlich gerät Verteidigungsminister Darabos angesichts des immer lauter vernehmbaren Rufes nach Einführung eines Berufsheeres unter Druck. Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl, der starke Mann der SPÖ, hatte unmittelbar vor der Wien-Wahl überraschend die Abschaffung der ungeliebten Wehrpflicht propagiert, entgegen der Tradition seiner eigenen Partei."

\* \*

Thema: Wirtschafts- und Aktienaussichten

### **Österreich-Liebhaber brauchen Geduld**

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.*

*In einem ela. gezeichneten Bericht werden die Zukunftsaussichten der Wiener Börse vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung erörtert:*

"Wer jetzt in österreichische Aktien investiert, darf im kommenden Jahr mit keinen großen Sprüngen rechnen. An der Donau ist Ebbe angesagt. Zwar ist das wirtschaftliche Umfeld durchaus positiv. Österreichs Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird im kommenden Jahr mit rund zwei Prozent ebenso stark wie im abgelaufenen Jahr wachsen. Damit dürfte Österreich einen leichten Vorsprung haben vor dem Durchschnitt der Euro-Länder. Doch seinen Wachstumspfad von vor der Krise hat Österreich noch nicht erreicht. Auch mit einer Neuverschuldung von 3,5 Prozent des BIP wird die Alpenrepublik voraussichtlich besser dastehen als die Euro-Gruppe. Das gilt ebenfalls für den im Zuge der Krisenbewältigung sprunghaft angestiegenen Schuldenberg von fast drei Vierteln der Wirtschaftsleistung."

Die makroökonomischen Vorzeichen signalisieren eigentlich Hoffnung für den heimischen Aktienmarkt, sagt Helmut Bernkopf, Vorstand der Unicredit-Tochtergesellschaft in Österreich. Entsprechend nehmen Export und Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder zu. Doch die Wachstumsprognose alleine reiche als Beruhigung nicht aus. Unter den Investoren herrsche noch Angst vor einem Rückfall in die Rezession, heißt es.

Zum einen ist die starke Vernetzung mit Osteuropa ein Hemmschuh. Ein beträchtlicher Anteil der Erträge der Unternehmen zwischen Eisenstadt und Bregenz stammt aus der Region. Das hat in den Jahren vor der Krise Österreichs Wirtschaft und damit auch den Aktienmarkt enorm beflügelt. Derzeit erweist sich die enge Verbindung jedoch als hinderlich. Zwar ist das Gebiet der postkommunistischen Länder noch immer von starkem Nachholbedarf gekennzeichnet. Doch sind viele unter ihnen mit den Nachwehen der Krise beschäftigt, die sie zum Teil mit voller Wucht getroffen hat. Das führt dazu, dass die im Vergleich zu Westeuropa zuvor mit mehr als doppelt so hohen Wachstumsraten glänzenden Volkswirtschaften kurzfristig schwache Aussichten haben. Gerechnet wird mit einem Zuwachs des BIP von knapp 3 Prozent. Negativ wirkt sich auf den österreichischen Aktienmarkt in diesem Zusammenhang auch die starke Ausrichtung auf zyklische Titel, wie Energieversorger und Finanzwerte, aus.

Zum anderen ist die bestehende Verunsicherung im Zusammenhang mit der Schieflage öffentlicher Haushalte in Europa hemmend für Engagements. Doch fällt die Staatsverschuldung osteuropäischer Länder vergleichsweise gering aus. Zudem sind die Pläne der österreichischen Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP über eine Kursgewinnsteuer für Anleger negativ zu bewerten. Im Zuge der Budgetkonsolidierung sollen Kursgewinne von Aktien und anderen Wertpapieren wie Investmentfonds mit 25 Prozent besteuert werden. Ohnehin vermehrt sich die Anzahl von Gesellschaften, die sich von der Wiener Börse verabschieden. In den zurückliegenden Jahren gab es kaum Neuemissionen. Es sind auch vorläufig keine in Sicht. "

*Es folgen Prognosen für den Aktienindex atx und Empfehlungen für einzelne Aktien.*

\* \*